

future

wissenschaft & politik
science & politique

Bern, den 11. Februar 2025

Positionspapier zum Entlastungspaket 2027

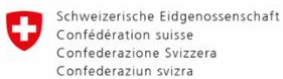
Wohlstand und Sicherheit in der Schweiz dank Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation

Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE:

swissuniversities



**akademien der
wissenschaften schweiz**



**Innosuisse – Schweizerische Agentur
für Innovationsförderung**

1. Einleitung

Am 29. Januar 2025 hat der Bundesrat die Vernehmlassung für das Entlastungspaket 2027 eröffnet. Das Paket zielt darauf ab, den Bundeshaushalt im Jahr 2027 um 2,7 Milliarden Franken und im Jahr 2028 um 3,6 Milliarden Franken zu entlasten. Damit soll den steigenden Ausgaben für die Altersvorsorge und für die Landesverteidigung begegnet werden.

Der Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) ist von den vorgeschlagenen Entlastungsmassnahmen stark betroffen. Der Bundesrat schlägt Einsparungen von mehr als 460 Millionen Franken pro Jahr vor, welche die Berufsbildung, die Weiterbildung, die Hochschulen sowie die Institutionen der Forschungs- und Innovationsförderung betreffen. Die vom Bundesrat vorgesehenen Entlastungen laufen darauf hinaus, dass die Investitionen in den BFI-Bereich auf ein Niveau von vor über 5 Jahren zurückgesetzt werden.

Der Bundesrat schlägt zwei Arten von Sparmassnahmen im BFI-Bereich vor. Ein Teil der Kürzungen von Bundesmitteln kann ohne Gesetzesänderungen im Rahmen des Bundesbudgets und des Finanzplans umgesetzt werden; der Bundesrat kann diese Kürzungen bereits ab dem Jahr 2026 vornehmen:

Massnahme	Reduktion 2027*	Reduktion 2028*
Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich (1.5.6)	78,0	78,0
Stärkung der Nutzerfinanzierung im Bereich Internationale Mobilität Bildung (1.5.7)	6,5	6,9
Kürzung des Bundesbeitrags für den SNF (1.5.8)	131,0	139,3
Kürzung der Ressortforschung (1.5.9)	25,6	26,6
Total	241,1	250,8

Andere Entlastungsmassnahmen erfordern gesetzliche Änderungen und werden Teil eines Mantelerlasses sein. Sechs davon betreffen den BFI-Bereich wie folgt:

Massnahme	Reduktion 2027*	Reduktion 2028*
Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen (2.4)	120,0	120,0
Verzicht auf projektgebundene Beiträge (PgB) an die Hochschulen (2.5)	27,9	29,6
Kürzung des Bundesbeitrags an Innosuisse (2.6)	32,0	33,1
Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz (2.7)	19,2	19,6
Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf die Richtgrösse (2.8)	23,8	20,5
Verzicht auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern (2.9)	1,4	1,4
Total	224,3	224,2

*in Millionen Franken

2. Bildung, Forschung und Innovation schaffen Wohlstand und Sicherheit

Bildung, Forschung und Innovation sind die bedeutendsten Ressourcen der Schweiz. Wissen und Innovationsgeist haben unser Land zur zwanziggrössten Volkswirtschaft der Welt gemacht. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beruht die Attraktivität der Schweiz nebst den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in erster Linie auf der Qualität ihres Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereichs.

Bund und Kantone investieren kontinuierlich in den BFI-Bereich und räumen ihm eine strategische Priorität ein. Seit dem Jahr 2000 sorgen Bundesrat und Parlament für eine verlässliche und nachhaltige Finanzierung von Bildung, Forschung und Innovation. 25 Jahre später zeigen die Indikatoren eine eindeutig positive Investitionsrendite:

- Die Schweizer Hochschulen gehören zu den weltweit Besten. Beispielsweise werden die ETH Zürich, die EPFL sowie die Universitäten Bern, Basel, Lausanne und Genf im Times Higher Education Ranking zu den Top 200 der Welt gezählt.
- Seit 2010 führt die Schweiz ohne Unterbruch die Rangliste der innovativsten Länder der Welt an, den von der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) herausgegebenen Innovationsindex;
- Die Schweizer Hochschulen bilden heute mehr als doppelt so viele Studierende aus wie im Jahr 2000;
- Die Schweiz hat ihr duales Bildungssystem, die Berufslehre, weiter ausgebaut. Sie ist für Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit nach wie vor die erste Wahl, wobei sich die Durchlässigkeit zur akademischen Ausbildung laufend verbessert.

Der BFI-Bereich hat sich im Interesse der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt. Im Nachfolgenden wird der konkrete Beitrag des BFI-Bereichs zum Wohlstand und zur Sicherheit der Schweiz aufgezeigt.

Beitrag des BFI-Bereichs zum Wohlstand der Schweiz

Der BFI-Bereich leistet in mehrfacher Hinsicht einen wichtigen Beitrag zum Wohlergehen der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft:

Bildung

Die Verdoppelung der Zahl der Studierenden trägt dazu bei, den Bedarf der Schweizer Unternehmen und der öffentlichen Organisationen an qualifizierten Arbeitskräften zu decken und damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Zunahme der Studierenden erfolgte nicht zuletzt in den Bereichen Informatik, Ingenieurwesen, Architektur, Medizin, Pflege und Wirtschaft.

Forschung

Zahlreiche Studien bestätigen, dass die Förderung der Forschung einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft hat. Jeder von der öffentlichen Hand in die Forschung investierte Franken generiert einen volkswirtschaftlichen Nutzen von drei bis fünf Franken.¹

Innovation

Eine per Ende 2024 veröffentlichte Studie der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich zeigt, dass die Förderung von Innovationsprojekten durch

¹Siehe [Policy Paper der European Commission](#) und [BiGGAR Studie.pdf](#)

Innosuisse bei den beteiligten Unternehmen im Vergleich zu innovativen Unternehmen ohne Förderung in den folgenden fünf Jahren den Umsatz um durchschnittlich 21% und die Beschäftigung um 18% steigert.²

Zudem tragen Hochschulabsolventinnen und -absolventen durch ihren Beitrag an die Wertschöpfung dazu bei, in der Schweiz ein hohes Lohnniveau zu ermöglichen, welches die Steuereinnahmen positiv beeinflusst.

Beitrag des BFI-Bereichs zur Sicherheit der Schweiz

Der BFI-Bereich leistet in mehrfacher Hinsicht einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Autonomie der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft:

Sicherheit

Bildung, Forschung und Innovation tragen mit ihren Erkenntnissen dazu bei, innovative Lösungen für die öffentliche Sicherheit zu schaffen. Hochschulen und Institutionen der Forschungs- und Innovationsförderung investieren, um die Kompetenzen von Armee und Wirtschaft zu erweitern, unter anderem im Bereich der Cybersicherheit.

Naturgefahren

Im Zusammenhang mit der Klimaveränderung entwickeln Bildung, Forschung und Innovation die Grundlage für Strategien zur Überwachung von Naturgefahren und für notwendige Präventions- und Anpassungsmassnahmen.

Sichere Gesundheitsversorgung

Ob es um die Bekämpfung einer Pandemie, die Entwicklung der Medizin der Zukunft oder die Ausbildung von Ärzt:innen und Pflegefachkräften geht: der BFI-Bereich leistet einen unverzichtbaren Beitrag für die sichere Gesundheitsversorgung in der Schweiz.

Energie und Technologie

In einem höchst unsicheren globalen Kontext, geprägt durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und geopolitische Veränderungen, tragen die Akteure der Bildung, Forschung und Innovation dazu bei, die Energieautonomie der Schweiz zu stärken, indem sie neue Technologien erforschen und dadurch einen Beitrag zur Energiewende leisten. Ebenso hohe Anstrengungen werden im Bereich der künstlichen Intelligenz, der Quantenphysik oder bei Halbleitern («Chips») unternommen, um die technologische Autonomie der Schweiz zu erhöhen.

3. Auswirkungen der Entlastungsmassnahmen auf den Beitrag von Bildung, Forschung und Innovation zum Wohlstand und zur Sicherheit der Schweiz

Der Erfolg des Schweizer BFI-Bereichs hängt von drei Schlüsselfaktoren ab:

- eine **stabile und nachhaltige Finanzierung**, die eine Entwicklung des Systems gemäss den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Gesellschaft ermöglicht;
- eine Governance, welche die **Planungssicherheit** bewahrt und es ermöglicht, flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren;

² Vergleiche mit [Medienmitteilung 10.12.2024](#) und [Link Bericht](#); Zudem [Link Wirkungsmonitoring](#)

- eine starke **internationale Vernetzung**, die es Forschenden in der Schweiz ermöglicht, mit den besten ausländischen Teams zusammenzuarbeiten, und den Studierenden die Möglichkeit gibt, einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland zu absolvieren.

Die während den letzten vier Jahren eingeschränkte Teilnahme von Schweizer Forschenden und Innovationsakteuren an «Horizon Europe», dem weltweit grössten Programm zur Förderung von Forschung und Innovation, hat gezeigt, wie wichtig die internationale Vernetzung für den Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz ist. Damit wurde er in einem seiner Schlüsselfaktoren geschwächt.

Die geplanten Entlastungsmassnahmen werden den Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz weiter schwächen, indem sie die beiden anderen Schlüsselfaktoren für seinen Erfolg direkt tangieren:

Das Entlastungspaket führt zu einem Rückgang der Investitionen

Der Bundesrat will seine Ausgaben im BFI-Bereich um mehr als 460 Millionen Franken pro Jahr senken und damit die Gesamtinvestitionen auf das Niveau des Jahres 2020 zurücksetzen. Dieser Investitionsrückgang wird sich nicht nur auf den BFI-Bereich, sondern vor allem auch auf die Wirtschaft und die Gesellschaft in der Schweiz auswirken. Die rückläufige Finanzierung stellt zudem die jüngsten Entscheide des Parlaments im Rahmen der Beratung der BFI-Botschaft 2025-2028 in Frage.

Das Entlastungspaket schränkt die Planungssicherheit und die Flexibilität ein

Kürzungen der Bundesbeiträge, die über eine Erhöhung der Studiengebühren kompensiert werden sollen, oder der Verzicht auf Formen der Forschungs- und Innovationsförderung beeinträchtigen die Effektivität der Hochschul- und Forschungsinstitutionen und stellen die seit Jahren bewährte Governance des Systems in Frage. Im Hochschulbereich schwächt der Verzicht auf projektgebundene Beiträge die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen in Bereichen, die für die Schweizer Gesellschaft zentral sind.

Die wichtigsten Auswirkungen des Entlastungsprogramms auf die Hochschulen und die Institutionen der Forschungs- und Innovationsförderung sind die Folgenden:

Bildung: Höhere Studiengebühren erschweren den Zugang zur Hochschulbildung

Der Bund ist Träger des ETH-Bereichs und beteiligt sich an der Finanzierung der Ausbildung der Studierenden an den kantonalen Universitäten und Fachhochschulen. Der Bundesrat möchte seinen finanziellen Beitrag an alle Hochschultypen reduzieren und als Ausgleich die Studiengebühren erhöhen. Wird die Kürzung der Bundesfinanzierung nicht kompensiert, entsteht für die Hochschulen eine Diskrepanz zwischen den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln und den für Lehre und Forschung notwendigen Investitionen. In den nächsten zehn Jahren ist mit einer Zunahme der Studierendenzahlen um 18% zu rechnen, gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS). Wenn die fehlenden Bundesmittel durch höhere Studiengebühren kompensiert werden müssten, würde sich dies auf die Chancengerechtigkeit bei der Ausbildung auswirken und in den Kantonen zu zusätzlichen Ausgaben für die Bildungsförderung (Stipendien) führen. Eine der Stärken des Schweizer Bildungssystems ist seine hohe Durchlässigkeit. Dabei spielt der Zugang zu den Bildungsangeboten eine grosse Rolle. Zu hohe Studiengebühren würden diesen Zugang, insbesondere für Personen aus weniger privilegierten Schichten, zusätzlich erschweren und den sozialen Aufstieg verhindern.

Forschungsförderung: 500 exzellente Forschungsprojekte und 1500 Stellen für junge Forscherinnen und Forscher könnten verloren gehen

Der Bundesrat schlägt vor, die Finanzierung des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) um 10% zu kürzen, indem er Kürzungen bei allen Formen der Forschungsförderung vorsieht. Schon heute muss der SNF zahlreiche exzellente Forschungsideen aus finanziellen Gründen ablehnen. Durch Einsparungen von insgesamt 270 Millionen Franken in den Jahren 2027 und 2028 wird der Bund den Schweizerischen Nationalfonds dazu zwingen, weitere 500 Forschungsprojekte abzuweisen, deren Resultate Wirtschaft, Gesellschaft und Politik benötigen. Zudem können so rund 1500 Stellen für junge Forscherinnen und Forscher an den Hochschulen und anderen Institutionen in den Kantonen nicht mehr finanziert und damit weniger hochqualifizierte Fachkräfte ausgebildet werden. Sollte der SNF bereits im Jahr 2026 von Kürzungen betroffen sein, wären gar 700 Forschungsprojekte und 2000 Stellen bedroht. Die Hochschulen sind von diesen Sparmassnahmen direkt betroffen. Die Auswirkungen auf die Wirtschaft werden gemäss relevanten Studien auf mindestens 1 Milliarde Franken geschätzt³.

Innovationsförderung: 240 innovative gemeinsame Projekte von Wirtschaft und Forschung in zentralen Themen sind bedroht

Der Bundesrat schlägt vor, den Bundesbeitrag zur Finanzierung von Innosuisse, der Schweizerischen Agentur für Innovationsförderung, um 10% zu kürzen. Dies würde sicherlich ab 2027 eine Kürzung von mehr als 30 Millionen Franken pro Jahr bedeuten. Mit den geplanten Massnahmen würden verschiedene vom Parlament im Rahmen einer Revision des FIFG bewilligte Anpassungen wieder rückgängig gemacht, dank denen die Innosuisse innovative Projekte und Start-ups agiler hätte unterstützen können. Gemäss aktuellen Schätzungen riskieren mit einer Kürzung von 10% jährlich über 60 innovative Projekte mit einem massgeblichen Beitrag im Bereich der Digitalisierung sowie der gesellschaftlichen oder ökologischen Herausforderungen, die gemeinsam von Umsetzungspartnern und Forschungsinstitution getragen werden, nicht mehr finanziert zu werden. Und dies zu einer Zeit, in welcher wir in bahnbrechende Lösungen für eine nachhaltige Zukunft investieren müssten. Mit dem wesentlichen Beitrag, welche die Förderung von Innosuisse an die Wertschöpfung der geförderten Unternehmen leistet, werden die volkswirtschaftlichen Verluste ein Mehrfaches über den Einsparungen von 30 Mio. CHF pro Jahr liegen.

4. Fazit

Dank einer stabilen und nachhaltigen Finanzierung durch den Bund konnte der BFI-Bereich in den letzten 25 Jahren verstärkt in das Wohlergehen der Schweizer Wirtschaft und der Gesellschaft investieren. Die im Rahmen des Entlastungspakets vorgeschlagenen Kürzungen im BFI-Bereich werden einschneidende Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft und auf die Gesellschaft haben und sind langfristig nicht im Interesse eines gesunden Bundeshaushaltes.

Die Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE fordern den Bundesrat daher auf, auf die geplanten Kürzungen zu verzichten:

- im Bereich der Bildung und der Mobilität: Gut ausgebildete Menschen sind auch in den nächsten 20 Jahren Voraussetzung, um den Wohlstand und die Sicherheit der Schweiz zu sichern. Sowohl die Hochschulbildung als auch die Berufs- und Weiterbildung sind dabei von grösster Bedeutung.

³ Siehe [Policy Paper der European Commission](#) und [BiGGAR Studie.pdf](#)

- im Bereich der Forschungs- und Innovationsförderung, um die Wettbewerbsvorteile der Schweiz im internationalen Kontext zu erhalten.
- bei den projektgebundenen Beiträgen, welche der Politik ermöglichen, zentrale Themenbereiche vorzugeben, und die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen zu fördern.

Dieses Positionspapier ergänzt die Stellungnahmen der Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE:

swissuniversities

ETH-Rat

Schweizerischer Nationalfonds

Innosuisse

Akademien der Wissenschaften Schweiz

Das Netzwerk FUTURE vertritt die Schweizer Hochschulen und die Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung. Deren Ziel ist es, gegenüber politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern mit einer Stimme zu sprechen. Das Netzwerk FUTURE setzt sich für die Entwicklung des Bereichs Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) im Interesse der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft ein. Die Trägerorganisationen pflegen einen konstruktiven Austausch mit den Partnern der Berufsbildung sowie der Weiterbildung. Die gemeinsame Positionierung ist das Ergebnis eines ständigen Dialogs zwischen den Trägerorganisationen des Netzwerks FUTURE.